

Der lange Marsch zu einer neuen Regierung

Herbert Vytiska

Die Nationalratswahlen vom 24. November 2002 brachten in der politischen Landschaft Österreichs einen Erdrutsch, der die Parteienreihung fast auf den Kopf stellte.

Die Österreichische Volkspartei (ÖVP) zog 15,4 Prozent neue Wähler an und katapultierte sich damit (nach 37 Jahren) wieder auf den ersten Platz. Die Sozialdemokraten (SPÖ), seit 33 Jahren Nummer eins, erzielten zwar ein Plus von 3,4 Prozent, rutschten aber mit 36,5 Prozent auf Platz zwei. Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), 1999 sensationeller Zweiter mit hauchdünнем Vorsprung vor der ÖVP, verlor fast zwei Drittel ihrer Wähler und landete mit zehn Prozent knapp vor den sich mit 9,5 Prozent (ein Plus von zwei Prozent) weiter stabilisierenden Grünen.

Das eindeutige Ergebnis der Nationalratswahl täuschte jedoch. Angesichts der Befindlichkeit der anderen drei Parteien gestaltete sich die Suche nach einem Regierungspartner, mit dem ein Optimum an notwendigen Reformvorhaben realisiert werden kann, relativ schwierig. Es war für den ÖVP-Obmann Wolfgang Schüssel leichter, aus der dritten Position den Bundeskanzler zu schaffen, als aus der ersten eine tragfähige Regierung zusammenzubringen.

Schüssel und die ÖVP hatten einen fulminanten Wahlkampf geschlagen und zu fast jedem Zeitpunkt die Themenführerschaft.

Alfred Gusenbauer wurde trotz PR-Hilfe aus Übersee kein „Strahlemann“

und konnte die SPÖ nicht wirklich vom Fleck bewegen. Sie bedarf nach dreißig Jahren, in denen sie an den Schalthebeln der Macht saß, einer noch längeren Regenerationsphase.

Jörg Haider, Schreckgespenst nicht nur der europäischen Linken, hatte seiner eigenen Regierungsfraktion die Vertrauensbasis entzogen, damit vorzeitige Neuwahlen ausgelöst, sich aber letzten Endes auch selbst entzaubert.

Alexander van der Bellen schaffte zwar ein professorales Image für die Grünen, der von Meinungsforschern prognostizierte Aufstieg zu weit mehr als zehn Prozent der Wählerstimmen blieb jedoch aus.

Schüssel, der noch zu Jahresbeginn 2000 wegen seiner Koalitionsbildung mit den „Blauen“ – blau ist die Parteifarbe der FPÖ – beinahe geächtet worden war, wurde nun international bejubelt. Tatsächlich war es ihm gelungen, die FPÖ so sehr an die Brust zu nehmen, dass ihr der allzu rechte Atem genommen wurde. Das unsinnige, von der Sozialistischen Internationalen ausgeheckte und von der EU über Österreich verhängte „Sanktionsregime“ als Trotzreaktion darauf, dass die SPÖ auf die Oppositionsbank geschickt worden war, war letztlich genau die falsche Strategie gegen eine populistische Partei wie die Haider-FPÖ. Man muss allerdings auch hinzufügen, dass es Haider war, der Schüssel – obwohl nur Dritter nach der Wahl 99 – mithilfe der FPÖ zum Bundeskanzler machte und damit erstmals ein Mitte-rechts-Bundesbündnis zu Stande brachte. Und Schüssel

nutzte diese einmalige Chance trefflich. Die SPÖ war im Übrigen vorher schon dreimal, nämlich zweimal indirekt und einmal öffentlich, eine Liaison mit den Freiheitlichen eingegangen.

Dabei war es der FPÖ trotz vieler personeller Fehlgriffe und aller Schwierigkeiten, geeignetes Personal für Führungsfunktionen zu rekrutieren, gelungen, mit Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer und Finanzminister Karl-Heinz Grasser zwei Politiker in den Vordergrund zu stellen, denen man sicher nicht „Rechtslastigkeit“ vorwerfen konnte. Man müsste ihnen aber sehr wohl professionelles Politik-Management attestieren, was sich in deren Popularitätswerten niederschlug.

Das war wahrscheinlich auch eines der Probleme, die Haider mit seinem eigenen Team hatte. Jene Personen nämlich, die einst gewissermaßen seine Zöglinge waren, hatten sich längst von ihm emanzipiert. Er spürte aber auch, dass seine FPÖ-Regierungsriege schon zu sehr vom schwarz-blauen Teamgeist infiziert war und manches eigenständige Partei-Profil verloren hatte. Der Aufstand eines Flügels in der FPÖ (der so genannten „Knittelfelder Fraktion“, benannt nach dem Austragungsort des innerparteilichen Kräftemessens) führte zum Rücktritt der blauen Regierungsriege und zu einer tief gehenden Personen- und Sinnkrise in der FPÖ.

Unstrittige Führungsrolle Schüssels

Glaubten SPÖ und Grüne, sie könnten nun Nutzen aus diesem Zerfall ziehen, so täuschten sie sich gewaltig. Das Marketing des Abschieds von Riess-Passer und Grasser aus der politischen Top-Verantwortung bis hin zum Engagement Grassers als künftigem unabhängigen Finanzminister durch Schüssel entpuppte sich geradezu als ein Turboschub für den ÖVP-Wahlkampf.

Der Jubel über den Wahlausgang in den Reihen der Volkspartei war – zu

Recht – groß. Wenngleich die ÖVP „nur“ die relative Mehrheit, das allerdings mit Abstand, gewann, so war ihr der Bundeskanzler nicht zu nehmen.

Eine rot-grüne Koalition – dank des rot-grünen Desasters in Berlin alles andere denn ein Herzeigemodell – war schon rein rechnerisch nicht mehr möglich. Mit den Blauen hatten die Roten von vornherein eine Koalition ausgeschlossen. Übrig geblieben war die Hoffnung auf die Wiederbelebung der großen Koalition. Sie war das Lieblingskind der Medien. Meinungsforscher suggerierten, sie würde auch von der Mehrheit der Bevölkerung gewünscht. Diese große Koalition wurde mit dem Prädikat „neu“ versehen, damit nicht Erinnerungen an die alte Proporzirtschaft geweckt werden, und hatte noch einige andere Befürworter. So Bundespräsident Thomas Klestil, der 2000 die Vereidigung der schwarz-blauen Regierung nur widerwillig vornahm. So die Landeshauptleute von Wien (SPÖ), Niederösterreich, Oberösterreich und Tirol (alle ÖVP). Und schließlich auch noch den Präsidenten der Wirtschaftskammer sowie den einen oder anderen christlichen Gewerkschafter.

Der Bundeskanzler selbst ließ sich seine Partner-Präferenz nicht herauslocken. Er hatte schließlich alle Karten in der Hand, spielte sie aus – was ihm den Spitznamen „politischer Pokerspieler“ eintrug – und durfte sie auch ausspielen. Denn nach diesem Wahlerfolg machte in der Volkspartei niemand Schüssel die Leaderrolle streitig. Er erhielt daher auch ganz selbstverständlich den Auftrag zu Regierungsverhandlungen. Diesmal von einem lächelnden, weil auf Schwarz-Rot hoffenden Bundespräsidenten.

Vor allem die jüngeren, wieder ideologischer motivierten Kräfte bei den Sozialdemokraten und bei den Grünen zeigten zu Beginn zunächst eine klare Präferenz für die Opposition. Die älteren und schon länger dienenden Politfüchse wollten da-

gegen bei den Roten wieder zurück an die „Futtertröge“ beziehungsweise bei den Grünen nicht als Wurmfortsatz einer einzigen Partei fungieren.

Bei der SPÖ stand bei vielen Funktionären hinter dem nach außen artikulierten Wunsch auf Verhandlungen über eine Regierungsbildung letztlich nur die Suche nach einer geeigneten Absprungbasis.

Die FPÖ, die nach der Absetzung Riess-Passers nun unter der Führung des Sozialministers Herbert Haupt stand, meldete sich sofort als Regierungspartner, wurde aber noch immer von innerparteilichen Kämpfen gebeutelt. Zu den Grabenkämpfen in den Landesorganisationen zwischen bedingungslosen Haidrianern und FPÖlern auf der Suche nach einer neuen Parteiidentität kam der Schock über den Absturz in der Wählergunst. Riess-Passers Äußerung, die FPÖ sei schließlich kein Fan-Klub für einen einzigen Showman, sondern eine politische Bewegung, traf den Nagel auf den Kopf.

Zu einem Zeitpunkt, da rund um die Jahreswende noch keine Regierung in Sicht war, aber Koalitionsspekulationen auf der Tagesordnung standen, machte ein Zitat die Runde, das ein Licht auf die Gedanken im schwarzen Hinterstüben warf: „Warum sollten wir nach diesem Wahlerfolg auf die Hälfte der Ministerien verzichten?“ Bei einer Koalition mit der SPÖ müsste die Zahl der Ministerien gewissermaßen fifty-fifty aufgeteilt werden. Andernfalls blieben die zentralen Ministerien unter ÖVP-Führung.

Gesinnungswandel der Grünen

In der Europäischen Volkspartei sah man zu diesem Zeitpunkt in den Regierungsverhandlungen eine Chance, ein europäisches Signal zu setzen. Österreich könnte eine Art „Politik-Labor“ werden, hieß es. Quer durch Europa wurde diskutiert,

ob es nicht Sinn machen würde, erstmals eine schwarz-grüne Koalition zu bilden und damit eine neue politische Tür zu öffnen. Aus vielen konservativen und christlich-demokratischen Parteien erhielt Schüssel Ratschläge und Tipps für eine neue Farbenlehre: „Nimm Blau raus und bring Grün rein.“

Bislang hingen die Grünen fast überall geradezu an den Kittelfalten der Sozialisten. Sie gebärdeten sich zwar als eine Umweltbewegung, verstanden sich aber oft nur als das linke Gewissen von Sozialdemokraten, die ihrerseits im Mitte-Wasser nach Wählern angelten. Auch in Österreich war dies so.

Im Laufe der Sondierungsgespräche mit der ÖVP ergab sich eine bemerkenswerte Wandlung. Bei den Grünen gewann jene Gruppe, die sich nicht einseitig an die SPÖ binden möchte, innerparteilich Oberwasser. Mehr noch, das grüne Verhandlungsteam fühlte sich bei den Gesprächen mit der ÖVP überraschend wohl. Vielleicht hatten manche wirklich gedacht, dass Schüssel ein „schwarzer Wolf“ sei, der nur darauf lauere, seinen Gegner mit Haut und Haaren zu verspeisen, und merkten nun plötzlich, dass sie es mit einem kultivierten Gesprächspartner zu tun haben.

Dass letztlich ÖVP und Grüne nicht wirklich zusammenkamen, hat auf beiden Seiten seine Ursachen, weil man sich trotz Verständigung auf öko-soziale Marktwirtschaft und Ansätze für ein Öko-Steuersystem nicht wirklich traute, letzte Hürden zu nehmen.

Die SPÖ, die im Wahlkampf noch davon sprach, sollte sie nicht den Bundeskanzler stellen, in Opposition gehen zu wollen, ließ sich schon bald nach dem Wahltag doch auf Gespräche mit der ÖVP ein. Schließlich will niemand als Gesprächsverweigerer in der Öffentlichkeit dastehen. Sie drehte zwei Verhandlungsrunden mit der ÖVP, einmal vor und einmal nach den Gesprächen zwischen

Volkspartei und Grünen. Beide Male kamen Schwarz und Rot aber auf keinen grünen Zweig.

SPÖ-Vorsitzender Alfred Gusenbauer drängte mit allen Mitteln in eine Koalitionsregierung. Er war sichtbar um das Zustandekommen eines Regierungsbündnisses bemüht – nicht nur, aber auch weil davon sehr viel für seine Zukunft als Parteivorsitzender abhängt. Auf seinem ÖVP-freundlichen Kurs folgten ihm freilich nur wenige Genossinnen und Genossen. Anstatt dem Partei-Vorsitzenden einen Verhandlungsspielraum mit auf den Weg zu Schüssel zu geben, stilisierte man das Wahlprogramm zu einer Art „sine qua non“ für Regierungsverhandlungen hoch, so als wäre die SPÖ als Sieger aus der Wahl herausgegangen und könnte nun ihre politischen Versprechungen in die reale Praxis umsetzen.

Mangelnder Reformwillen der SPÖ

Die Tatsache, dass die SPÖ aus den vertraulichen Gesprächen immer wieder Einzelheiten an die Öffentlichkeit durchsickern ließ und abschätzige Bemerkungen über Personen des ÖVP-Teams in aller Öffentlichkeit fallen ließ, führte schließlich zum Platzen des sprichwörtlichen „Hutkragens“. Hinzu kam noch, dass seitens der sozialistisch dominierten Gewerkschaften kein Reformwillen signalisiert wurde und Wiens Bürgermeister Michael Häupl Eigeninteressen verfolgte. Er, der lange Zeit ein Fürsprecher einer großen Koalition war, war letzten Endes froh, dass Gusenbauer Oppositionsführer bleibt.

Am Tag nach den Wahlen in den beiden deutschen Bundesländern Hessen und Niedersachsen ging auch durch manche Reihen in der ÖVP ein Ruck.

Die Tatsache, dass in Hessen die CDU trotz absoluter Mehrheit gerne die Koalition mit der FDP fortgesetzt hätte und in Niedersachsen die SPD von einer CDU-FDP-Koalition abgelöst wurde, ließ auch

manchen ÖVPler nachdenklich werden. Gleich von mehreren Seiten hörte man, dass es angenehm wäre, gäbe es eine solche nun schon über Jahrzehnte währende politische Partnerschaft auch in Österreich.

Noch aber war, wenngleich Bundespräsident Klestil schon seine Ungeduld mit der ihm zu lange dauernden Sondierungsphase artikulierte, die Zeit nicht wirklich reif für die endgültige Weichenstellung. Diese war erst möglich, nachdem die SPÖ ein gemeinsames Positions-papier mit der ÖVP verweigert hatte. Ein Akt, der an das Jahr 2000 erinnerte, wo sich der mächtigste SPÖ-Gewerkschaftsboss geweigert hatte, das bereits ausverhandelte Regierungsabkommen mit zu unterzeichnen.

Schüssel hatte es sich vor drei Jahren aus einer ungleich schwierigeren politischen Konstellation heraus und auch diesmal mit einem klaren Wählerauftrag nicht leicht gemacht – und daher mit allen drei Parlamentsparteien ein mögliches Regierungsprogramm Punkt für Punkt besprochen.

Eine Einigung mit der SPÖ wäre möglich gewesen, nur hätte die SPÖ über ihren Schatten springen und sich zu substanziellen Reformschritten bekennen müssen. Allerdings wäre die große Koalition letztlich Gefahr gelaufen, eine bequeme Lösung zu sein. Eine Einigung mit den Grünen wäre vielleicht möglich, eine Koalition sogar eine interessante, aber auch aufgrund partieller Grünen-interner Widerstände riskante Lösung gewesen. Die Koalition mit der FPÖ war weder – wie die Historie der Sondierungsgespräche zeigt – eine ausgemachte Sache, noch ist sie die letztmögliche Lösung. Sie ist vielmehr eine Chance.

Trotz der Probleme in der FPÖ und der erklärten Offenheit der Volkspartei nach allen Seiten war von allem Anfang an die Gesprächs- und Verständigungsbasis zwischen den alten Regierungspartnern

eine sehr gute. Haupt war schon aus früheren Parlamentszeiten und aus der Regierungsarbeit als seriös und zuverlässig bekannt. Die Gespräche über ein künftiges Regierungsprogramm verliefen zügig und ließen jeden Willen für eine konstruktive Arbeit erkennen. Dass auch die Vertraulichkeit gewahrt wurde und kaum Inhalte an die Öffentlichkeit kamen, schuf zu einem Zeitpunkt schon neues Vertrauen, da niemand wusste, welche Farbenkombination schließlich den Zuschlag erhalten würde. Irritationen bei den politischen Beobachtern verursachte zu diesem Zeitpunkt, welche Rolle der weitgehend aus dem Rampenlicht verdrängte Haider spielen könnte und wer denn nun in der FPÖ wirklich das Sagen hatte: Haupt oder der dritte Nationalratspräsident Thomas Prinhorn, ein einflussreicher Industrieller, der in Zeiten maroder blauer Parteifinanzen nicht nur politisch gefragt ist.

In den Koalitions-Überlegungen spielten ohne Zweifel die Inhaltsfragen eine ganz zentrale Rolle. Für Schüssel war entscheidend, mit welcher Partei das größte Reformpaket geschnürt und durchgezogen werden könnte.

Aufgaben und Ziele

Natürlich fragten sich die Parteistrategen jenseits der Koalitionspräferenzen, die die Öffentlichkeit bewegten, woher letztlich der Stimmenzuwachs der ÖVP bei den Nationalratswahlen gekommen war. Und das waren eindeutig sehr viele Wähler, die drei Jahre zuvor noch Haiders FPÖ gewählt hatten. Auch wenn es sich dabei um eine Art „Wählerrückholaktion“ gehandelt hat, so präferierten letztlich jene, die Schüssel zur umstrittenen Nummer eins gemacht hatten, schon und noch immer eine „bürgerliche Koalition“.

Auch Österreich muss in der Politik mutige Zukunftsschritte setzen. An der Spitze stehen die endgültige Konsolidierung des Staatshaushaltes und, damit verbunden, die Nachhaltigkeit des Nulldefizits. Dazu kommt eine umfassende Staats- und Verwaltungsreform. Weil immer mehr Entscheidungen in Brüssel fallen, viele Agenden bürgernah in den Bundesländern behandelt werden können, muss die Bundesverwaltung verkleinert werden. Einschneidende Reformen sind aber auch bei den Pensionen, im Bildungs- und Gesundheitsbereich notwendig. Formuliert hat dies vor kurzem der Präsident des Rechnungshofes, Franz Fiedler, und löste landauf, landab beifälliges Nicken aus. Sein Katalog deckt sich weitgehend mit jenen Vorschlägen, die auch Schüssel in sein Regierungsprogramm schreibt.

Nicht zuletzt hofft man aber auch noch in ÖVP-Kreisen mit der Koalitionsentscheidung, dass die Fortsetzung der Regierungsarbeit ein Beitrag sein könnte, die FPÖ weiter zu konsolidieren und damit langfristig wie in Deutschland als Regierungspartner zu erhalten. Ziel der FPÖ wird es wohl wieder sein müssen, ihre Position als verlässliche dritte Kraft, die mit beiden Beinen auf einem freiheitlich-liberalen ideologischen Fundament und nicht bloß auf populistischen Eisbergen steht, zu festigen. Wie immer sich die FPÖ entwickeln wird, eines hat der lange Marsch zur Regierungsbildung noch mit sich gebracht: dass für den Fall des Falles die Grünen – viel eher als die Sozialdemokraten, denen noch eine gröbere Richtungs- und Personaldiskussion ins Haus stehen wird – durchaus geneigt sind, ein „Tänzchen mit der ÖVP“ zu wagen. Geschmack an einer solchen Liaison haben sie jedenfalls gefunden.